

## Tschad-Krise und die Operation EUFOR Tschad/ZAR

Denis M. Tull

**Die jüngsten Kämpfe in Tschad zwischen Rebellentruppen und der Armee stellen die Entsendung der militärischen Operation EUFOR Tschad/Zentralafrikanische Republik in Frage, die die Europäische Union (EU) am 15. Oktober 2007 beschlossen hatte. Nicht nur die Gewalteskalation, auch die offene französische Parteinahme für das Regime von Präsident Idriss Déby haben die Rahmenbedingungen für die Operation fundamental verändert. In Anbetracht dessen muss die EU prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Operation noch sinnvoll durchgeführt werden kann.**

Unter Verweis auf die Ermächtigung durch Resolution 1778 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) vom 25. September 2007 beschloss die EU die Durchführung einer militärischen Operation im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik (ZAR). Auf ein Jahr befristet soll sie Maßnahmen ergreifen, um die ca. 450 000 sudanesischen Flüchtlinge und tschadischen Binnenvertriebenen im Grenzgebiet zum Sudan zu schützen und die Sicherheit in der Region zu verbessern, auch damit die humanitären Organisationen arbeiten können. EUFOR wird von der EU als europäischer Beitrag zur Konfliktbearbeitung im benachbarten Darfur betrachtet und nicht zuletzt als Versuch, die von Darfur ausgehende Destabilisierung der Nachbarländer Tschad und ZAR zu begrenzen. Frankreich, das auf die Operation gedrungen hatte, stellt mit 2100 Sol-

daten das Gros der 3700 Mann starken Truppe. Weitere Truppensteller sind Irland (350 Soldaten), Polen (350), Österreich (250) und Schweden (200). Deutschland und Großbritannien hatten eine Teilnahme frühzeitig abgelehnt. In VN-Resolution 1778 ist davon die Rede, dass nach dem Rückzug von EUFOR je nach Entwicklung der Lage ein VN-Einsatz möglich sei, wenn entsprechender Bedarf festgestellt wurde. Nach dem Verständnis der EU ist EUFOR also eine Brückenmission.

EUFOR stand von Beginn an unter einem schlechten Stern. Die Bereitstellung der vorgesehenen Streitkräfte verlief äußerst schleppend. Dasselbe galt für deren Ausrüstung, insbesondere für Helikopter. Insgesamt geriet die Formierung des Einsatzverbandes zu einer peinlichen Sammelaktion, bis Frankreich schließlich Anfang Januar 2008 die Bereitschaft erklärte,

seinen Anteil an Soldaten und Helikoptern deutlich zu erhöhen. Die ursprünglich für November 2007 geplante Entsendung der Mission musste zunächst auf Februar 2008 verschoben werden. Eine weitere Verzögerung ergab sich als Folge der Offensive dreier tschadischer Rebellen Gruppen, die die Regierung Idriss Débys stürzen wollen. Sie stießen Anfang Februar bis in die Hauptstadt N'Djamena vor, konnten aber von der Regierungsarmee, Déby nahestehenden Rebellen aus Darfur sowie französischen Truppen vorläufig zurückgeschlagen werden. Frankreich hat seit den achtziger Jahren im Rahmen der Opération Epervier (»Sperber«, faktisch eine Militärbasis) Soldaten im Tschad stationiert (derzeit 1400). Die Beteuerung der Pariser Regierung, Epervier-Soldaten hätten nicht an Kampfhandlungen teilgenommen, war wenig überzeugend.

Der VN-Sicherheitsrat verurteilte am 4. Februar in einer Erklärung die Versuche der Rebellen, auf »verfassungswidrige Weise« die Macht im Tschad an sich zu reißen, und rief die VN-Mitgliedstaaten dazu auf, die tschadische Regierung zu unterstützen, falls sie darum ersuche. Dies richtete sich in erster Linie an Frankreich, und Paris ließ umgehend wissen, dass es bereit sei, auf Seiten Débys zu intervenieren.

### **Konflikt im Tschad**

Der Konflikt im Tschad hat eine nationale und eine regionale Dimension, die aus der Verschränkung mit der Krise in Darfur resultiert. Die EUFOR-Operation zielt vor allem auf letztere ab. Denn diese Operation steht im Zusammenhang mit dem Scheitern der Bemühungen, eine internationale Friedenstruppe für Darfur durchzusetzen, die dort die wirkungslose Mission der Afrikanischen Union ablösen sollte. Dieses Vorhaben stieß lange Zeit auf den Widerstand der sudanesischen Regierung. Daher hatte die französische Regierung die Idee lanciert, wenigstens jenseits der sudanesisch-tschadischen Grenze – das heißt auf tschadischem Gebiet – eine Mission

zu stationieren. Sie soll die humanitären Folgen des andauernden Konflikts in Darfur eindämmen, indirekt aber auch die von Darfur ausgehende Destabilisierung der ohnehin fragilen Nachbarstaaten Tschad und ZAR begrenzen. Aus diesen Überlegungen ging EUFOR hervor, die insofern nach offizieller Lesart ein europäischer Beitrag zur Bearbeitung der Krise in Darfur ist.

Die Flüchtlinge, die von Darfur aus in den Tschad strömen, sind unter anderem Folge des Stellvertreterkrieges, den die Regierungen Tschads und Sudans gegeneinander führen. Beide Seiten wollen dabei die Regierung des jeweiligen Nachbarlands durch verbündete Rebellenbewegungen destabilisieren. So unterstützt Tschads Präsident Déby seit einigen Jahren die Rebellen in Darfur in ihrem Kampf gegen die Regierung in Khartum. Letztere rüstet als Reaktion darauf seit mindestens zwei Jahren die tschadischen Rebellen Gruppen militärisch aus, die im April 2006 und im Januar dieses Jahres die tschadische Hauptstadt N'Djamena angriffen. Die Unterstützung Sudans für die Rebellen im Tschad ist so beträchtlich, dass Präsident Déby im Juli 2007 seinen Widerstand gegen Frankreichs Drängen auf die Stationierung einer internationalen Truppe aufgab. Ein Sturz Débys durch die Rebellen würde also Khartums Einfluss in der Region deutlich stärken. Khartum setzt alles daran, eine Internationalisierung des Konflikts in Darfur und ein stärkeres internationales Engagement auf beiden Seiten der sudanesisch-tschadischen Grenze zu verhindern.

Neben ihrer Verschränkung mit dem Darfur-Konflikt hat die Krise im Tschad auch eine wichtige innenpolitische Dimension. Trotz der indirekten Beteiligung Khartums wäre es verfehlt, die drei tschadischen Rebellenbewegungen als bloße Marionetten Khartums anzusehen. Die Führer der Rebellion zählen zur politischen Elite Tschads. In der Vergangenheit haben sie hohe Ämter bekleidet und versuchen nun, sich mit militärischen Mitteln erneut einen Platz im Staatsapparat zu erkämpfen. Einen ähnlichen Werdegang hatte auch Präsident

Déby genommen, bevor er 1990 den damaligen Präsidenten Habré stürzte.

### **Eine kompromittierte EU-Operation**

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die innenpolitische Situation in Tschad kontinuierlich verschlechtert. Drei Rebellengruppen befinden sich in einem offenen Aufstand gegen die Regierung Déby. Aufgrund der Eskalation der Kämpfe seit Ende Januar 2008 ist fraglich, ob EUFOR sich inmitten eines Rebellionskriegs auf den Schutz von Flüchtlingslagern beschränken könnte, ohne in den innenpolitischen Konflikt hineingezogen zu werden. Die Frage ist natürlich eine rhetorische. Da Frankreich die EUFOR-Operation initiiert hat, sie leiten und das Gros der Truppen stellen wird, gleichzeitig bereits mit einer eigenen militärischen Mission (Epervier) im Tschad präsent ist und bislang das Regime Débys gestützt hat, zweifelt niemand daran – am wenigsten die tschadischen Rebellen –, dass EUFOR der Unterstützung von Präsident Déby dient. So war denn wohl auch die Offensive der Rebellen auf N'Djamena ein Versuch, der Stationierung von EUFOR zuvorzukommen. Die Besetzung der Hauptstadt hätte aller Voraussicht nach das Ende von EUFOR bedeutet, noch ehe sie ihre Operation hätte beginnen können.

In den kommenden Wochen ist weitere Gewalt zu erwarten. Die Rebellen wurden nicht entscheidend geschlagen und werden über kurz oder lang eine neue Offensive starten. Die französische Regierung hingegen hat mit der Erklärung des VN-Sicherheitsrats eine Legitimationsgrundlage für weitere Militäraktionen zugunsten der Regierung Déby erhalten. Präsident Sarkozy und Außenminister Kouchner haben bereits angekündigt, dass sie diesen Spielraum nutzen werden. Befremdlich ist indes, dass die französische Regierung bei diesen Ankündigungen jeden Hinweis auf EUFOR unterlassen hat. Damit verwischt sie die ohnehin schon zweifelhafte Trennung zwischen ihrer politisch-militärischen Mission Epervier und der europäischen

Operation EUFOR. Frankreich übergeht damit die Interessen der europäischen Partner, kompromittiert den humanitären Charakter der EUFOR-Operation und setzt die EU dem offenen Verdacht aus, als Spielball der französischen Tschad-Politik instrumentalisiert zu werden. EUFOR läuft mit hin Gefahr, als multilateraler Deckmantel einer französischen Politik betrachtet zu werden, die offenbar nicht bereit ist, ihre Rolle als selbsternannter »Ordnungshüter« im Tschad aufzugeben, der in erster Linie realpolitischen Maximen folgt. Die Einmischung zugunsten Débys mag allenfalls dazu beitragen, die Ausdehnung des sudanesischen Einflusses auf den Tschad zu begrenzen. Sie wird aber der regionalen Dimension des Darfur-Konflikts nicht gerecht, und sie wird die strukturellen innenpolitischen Probleme des Tschad nicht lösen, im Gegenteil. Déby hat den »innenpolitischen Notstand« zum Anlass genommen, zivile Oppositionspolitiker und Menschenrechtsaktivisten verhaften zu lassen, und damit einen weiteren Beweis für den autoritären Charakter seines Regimes geliefert. Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass Débys Repressionsmaßnahmen den Kreislauf der Gewalt im Tschad noch forcieren werden.

### **EUFOR auf den Prüfstand stellen**

Schon als EUFOR Tschad/ZAR beschlossen wurde, war zweifelhaft, ob die Mission in Anbetracht ihres begrenzten Umfangs und ihrer Ausstattung die ihr gestellte Aufgabe würde erfüllen können. EUFOR wird zwar einige Flüchtlingslager bewachen, nicht aber die humanitäre und sicherheitspolitische Situation im Osten Tschads substantiell verbessern können. Angesichts der geringen Erfolgsaussichten ist zudem fraglich, ob die von der EU erhoffte Ablösung EUFORs durch eine VN-Mission binnen eines Jahres erfolgen würde. Sehr viel wahrscheinlicher ist eine längere Präsenz der EUFOR-Truppen im Tschad. Auch Angriffe auf EUFOR sind denkbar, denn Sudan hat in den vergangenen Jahren hinlänglich unter

Beweis gestellt, dass es zu allem bereit ist, wenn es gilt, seine Interessen zu schützen.

Unbeschadet dessen haben sich mit der Eskalation des innertschadischen Konflikts die Rahmenbedingungen für EUFOR seit Oktober 2007 verändert. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation im Tschad in den kommenden Wochen grundsätzlich wandeln wird. Die EUFOR-Soldaten werden daher inmitten eines zumindest latenten Bürgerkriegs stationiert. Aufgrund der nun offenen Parteinahme Frankreichs für Präsident Déby ist die politische und humanitär begründete Glaubwürdigkeit von EUFOR bereits zerstört, noch ehe die Operation begonnen hat. Dies wird im übrigen auch Folgen für künftige Militäroperationen der EU in Afrika haben, denn die Entwicklungen im Tschad werden in der Region aufmerksam verfolgt.

Aus den genannten Gründen sollte EUFOR daher aufgegeben werden. Ein solcher Schritt wäre für die internationale Reputation der EU weniger schädlich als das Festhalten an einer zutiefst fragwürdigen Operation. Die EU sollte sich lieber den Ursachen der Flüchtlingskrise annehmen anstatt lediglich ihre Folgen einzudämmen. Die Ursachen liegen in Darfur bzw. Khartum, das in den vergangenen Tagen eine Großoffensive in Darfur gestartet hat. Die EU sollte der VN-Mission in Darfur jede Unterstützung zukommen lassen, inklusive der Helikopter, die im Tschad eingesetzt werden sollen, um neue Militäroffensiven und damit Vertreibungen in Darfur zu verhindern. Die Lehre aus EUFOR kann nur lauten, dass die EU künftig sorgfältiger reflektieren und sich hüten muss, undurchdachte militärische Operationen zu beschließen, sei es, weil sie sich als handlungsfähiger sicherheitspolitischer Akteur auf internationaler Ebene profilieren möchte, sei es aufgrund des Drängens einzelner Mitgliedstaaten. Gerade mit Blick auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegenüber Afrika wird in der Zukunft eine kritische Auseinandersetzung mit französischen Positionen notwendig sein, die zumindest hinsichtlich des

Tschad leider mehr an die düstersten Zeiten der altbekannten französischen Klientelpolitik in Afrika erinnern als an den von Sarkozy versprochenen Neuanfang. Paris muss sich darüber im klaren sein, dass es mit dieser Politik seine legitime Zielsetzung diskreditiert, die europäischen Partner zu einem stärkeren Engagement in Afrika zu bewegen – ein Anliegen, das zumindest auf deklaratorischer Ebene von allen EU-Mitgliedern geteilt wird (Afrika-Strategie 2005, EU-Afrika-Gipfel und Afrika-Strategie von Lissabon 2007).

Ein Verzicht auf die Operation bedeutet nicht, Tschad sich selbst zu überlassen. Nötig ist vor allem, dass die europäische und insbesondere die französische Politik verändert wird. Sowohl die Deklaration des VN-Sicherheitsrats als auch die französischen Ankündigungen, Déby weiter unterstützen zu wollen, waren völlig falsche Signale an das Regime. Denn sie bestärkten Déby – ebenso wie das beredte Schweigen der EU über die Verhaftungen von Oppositionellen in N'Djamena – in dem Glauben, sich in einer Position der Stärke zu befinden. Seinen derzeit wieder steigenden politischen Marktwert verdankt Diktator Déby der westlichen Furcht vor einer Machtübernahme pro-sudanesischer Rebellen in N'Djamena. Klüger als die Unterstützung Débys wäre es, sich darum zu bemühen, die Rebellen aus der Allianz mit dem Regime in Sudan zu lösen. Will sie mittelfristig auf die Verbesserung der innenpolitischen Situation im Tschad hinwirken (*governance*, Rechtsstaatlichkeit), sollte sich die EU als wichtiger Geber für eine politische Lösung des Konflikts einsetzen, möglicherweise im Sinne einer Machtteilung während einer Übergangsphase. In jedem Fall ist ein intensiver politischer Dialog nach Artikel 8 des Cotonou-Abkommens zu führen, in dem sich die Regierung zu konkreten Maßnahmen zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten verpflichtet, deren Verletzung Sanktionen zur Folge haben muss. Dabei ist vor allem eine enge Abstimmung mit der Weltbank nötig, die in dem Land stark engagiert ist.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364